

# Korrespondent

## für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießler

51. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 20. September 1913

Anzeigenpreis: Arbeitsmarkt, Versammlungs-, Vergnügungsinserte usw. 15 Pfennig die Zeile; Käufe, Verkäufe und Empfehlungen aller Art 50 Pfennig die Zeile. — Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 109

### Aus dem Inhalte dieser Nummer:

Arbeitslosigkeit: Zur Arbeitslosenfrage, III (Schluß). — Die Maschinenleher als Heilwund. — Gau Hannover.  
Volkswirtschaft: Der wirtschaftliche Aufstand.  
Korrespondenzen: Augsburg. — Berlin (Schr.). — Bielefeld. — Briesen (M.-M.). — Dillenburg-Herborn. — Sildburg-Haufen.  
Rundschau: Gesammelte Entscheidungen der Tarifanstalten. — Mieterprüfungen. — Einbruch in das Stuttgarter Gaubureau. — Streikarbeit von Gehilfen. — Internationale Ausstellung für Buchgewerbe und Graphik Leipzig 1914. — Güntziger Konkurs. — Streiktafel und Stuttgarter Oberbürgermeister. — Zur Entwicklung der „Volkswirtschaft“. — Warnung vor Lohnsenkungen. — Christliche Berichterstattung. — Polizeiliche Abschaffung der Arbeitslosigkeit. — Ausländische Arbeiter als Lohnbrüder.

### □ □ □ Zur Arbeitslosenfrage □ □ □

#### III.

#### Gemeindliche Arbeitslosenhilfe.

Wenn im Winter die Arbeitslosigkeit besonders große Dimensionen angenommen hat und die Härte des Winters die Not der Arbeitslosen und ihrer Familien noch steigert, wenn auch dem schlimmsten Ignoranten die Erkenntnis ausdämmert, daß irgend etwas geschehen muß, um sie zu lindern, dann beschließt wohl die Stadtverwaltung Notstandsarbeiten. Gewiß, sie können in etwas den momentanen Notstand mildern. Ein durchgreifendes Mittel ist es nicht, eher ein etwas problematisches, ja, gewissermaßen für die Gewerkschaftsorganisationen ein zweischneidiges Mittel. Sie stehen dieser Art kommunalen (eventuell auch staatlichen) Notstandsaktion daher skeptisch gegenüber. Dieser Skeptizismus ist auch berechtigt.

Von einer durchgreifenden oder nennenswerten Verminderung der Arbeitslosigkeit kann dabei wohl kaum die Rede sein. Sehr selten nur werden solche Notstandsarbeiten ausgeführt, die sonst überhaupt unterblieben wären. Ist das aber zutreffend, dann bedeuten sie natürlich keine Verminderung der Arbeitslosigkeit, sondern die Verlegung eines Teils der Arbeitslosigkeit vom Winter auf den Sommer.

Dann werden diese Notstandsarbeiten aber meistens zu Notstandslohnen, d. h. teilweise zu außerordentlich niedrigen Löhnen ausgeführt. Wurde doch aus einer großen sächsischen Industriestadt bekannt, daß dort in der ersten Zeit der Ausführung solcher Arbeiten 25 Pf. Stundenlohn für verheiratete, 15 Pf. für unverheiratete Arbeiter bezahlt wurden, zuletzt unterschiedslos nur 15 Pf. Diese niedrigen Notstandslohne sind aber ein direkter, manchmal auch dauernder Schaden für die in Frage kommenden Berufe. Die Hauptaufgabe jeder modernen Gewerkschaftsorganisation ist doch, die Arbeitslohne zu steigern oder wenigstens die durch Tarife festgelegten Löhne zu erhalten. Die meisten Arbeiter, die als Notstandsarbeiten zu manchmal skandalös niedrigen Stunden- oder Tagelöhnen hergestell werden, müssen andernfalls mit normalen Löhnen entlohnt werden. Mit der Arbeitszeit ist es eben so. Dabei hat von diesen niedrigen Löhnen die Gemeinde resp. der Staat noch nicht einmal Nutzen, vielmehr meistens noch Schaden; vielfach auch der Arbeiter selbst, der Notstandsarbeiten ausführt.

Die Arbeitslosen rekrutieren sich aus allen Berufen, wenn auch die Bauarbeiters das Hauptkontingent im Winter stellen. Die Notstandsarbeiten bestehen meistens in Erdarbeiten. Ein Uhrmacher, ein Graveur, ein Kaufmann oder Schreiber wird naturgemäß nicht viel leisten können. So wird die Arbeit trotz der billigen Löhne noch teurer, als wenn sie zu normalen Zeiten zu normalen Löhnen hergestellt würde. Es ist deshalb vor allem mindestens darauf zu sehen, daß bei Notstandsarbeiten übliche Löhne bezahlt werden.

#### Arbeitslosenunterstützung.

Wenn nun nachgewiesenermaßen die Arbeitslosigkeit in unserer heutigen Gesellschaft nicht zu beseitigen, wenn genügende Arbeitszeitverkürzung nur schwer zu erreichen ist, Notstandsarbeiten nur ein fragliches Palliativmittel sind, dann bleibt nichts weiter übrig, als auf eine wirksame Milderung der sozialen Folgen der Arbeitslosigkeit zu tun.

Wir haben schon im ersten Artikel bewiesen, daß kein Recht auf Arbeit bei unrer privatrechtlich-kapitalistischen Produktionsweise von der heutigen Gesellschaft verlangt werden kann. Was aber verlangt werden könnte, ist ein Recht auf Existenz.

Der Staat hat die soziale Pflicht, jedem Menschen ein Recht auf Existenz zu garantieren. Theoretisch besteht ein

solches Recht auch und die Armenunterstützung gewährt diese „Existenz“.

Der Staat hat aber — wenigstens Deutschland — nichts weiteres getan. Er hat die Sorge für die Arbeitslosen den Gewerkschaften überlassen. In Deutschland ist auf dem Gebiete der Arbeitslosenunterstützung sowohl durch den Staat wie durch die Gemeinden wenig geschehen. Die Sorge für den organisierten Arbeitslosen hat man den Gewerkschaften überlassen, den nichtorganisierten der Landstrafe oder der Armenunterstützung resp. den Arbeitshäusern der Städte.

Das Ausland ist uns auf dem Gebiete der Arbeitslosenfürsorge voraus, trotzdem sich Deutschland das Land der Sozialreform nennt. Und doch bedroht die Arbeitslosigkeit nicht nur den Arbeiter und seine Familie mit dem wirtschaftlichen Untergang, wenn er ihr hilflos überlassen bleibt, auch Gesellschaft und Kultur erleiden schweren wirtschaftlichen und moralischen Schaden.

Auf dem Gebiete der direkten Arbeitslosenunterstützung sind die Gewerkschaften dem Staate mit glänzendem Beispiele vorangegangen. Diese Arbeitslosenhilfe hat sich durchaus bewährt. Bekanntlich haben die Gewerkschaften die Arbeitslosenunterstützung durchaus nicht aus lediglich humanitären und sozialen Gründen, oder um dem Staate die sozialen Verpflichtungen abzunehmen, eingeführt, sondern zu dem ausgesprochenen Zweck eines intensiveren und aussichtsreicheren Kampfes um die Lebenshaltung. Sie sollte das vorbehaltlose Angebot der Arbeitskraft, das zur Herabdrückung der Löhne führt, verhindern. Und diesen Zweck hat sie ausgezeichnet erreicht. Die Arbeitslosenunterstützung ist nicht Selbstzweck, sondern unter allen andern Unterstützungsmaßnahmen der Gewerkschaften Mittel zum Zweck der besseren Erreichung des gewerkschaftlichen Hauptziels. Daß sie nebenbei noch ein gutes Werbemittel für Unorganisierte sind, wer wollte es bestreiten.

Trotz des ausgesprochenen und hier dargelegten Zweckes haben aber die Gewerkschaften dadurch zu gleicher Zeit Unsicheres in sozialer Beziehung geleistet. Demgegenüber, was die Arbeiter in ihren Organisationen aus eigener Initiative in ihren Unterstützungsmaßnahmen geschaffen, muß die Sozialreform des Reichs, müssen die Armenunterstützungen der Gemeinden, die „Wohltaten“ der Unternehmer und Privaten verfallen.

Die gewaltige Summe von 76 507 491 Mark ist in den Jahren von 1891 bis einschließlich 1912 allein von den freien Gewerkschaften zur Unterstützung Arbeitsloser verausgabt worden. Was liegt also näher, als auf diesen in der Gewerkschaftsbewegung so ausgezeichnete funktionierenden Einrichtungen zur Milderung der Arbeitslosigkeit auch eine zu fordern, die staatliche Bekämpfung der Folgen der Arbeitslosigkeit aufzubauen?

Einzelne Berufe haben infolge der technischen und künstlerischen Entwicklung ganz besonders schwer unter der Arbeitslosigkeit zu leiden, wie z. B. die Buchdrucker wegen der immer rapideren Verbreitung der Setzmaschine, die Bildhauer wegen der Entwicklung der Baukunst zu einfacheren, schmuckloseren Formen (Verminderung bildnerischer Auszubildung). Die Opfer, die beispielsweise der Buchdruckerverband für seine Arbeitslosen aufzubringen hat, sind ganz enorm. Die Beiträge haben eine Höhe erreicht, die nur langjährige gewerkschaftliche Erziehung noch erträglich und möglich macht. Dabei naht eine Krise heran. Drohend machen sich Anzeichen schon jetzt im Sommer in einem Schwellen der Arbeitslosenziffern bemerkbar, auch in den Berufen, die sonst gut im Sommer beschäftigt sind. In der Reichshauptstadt ist eine Arbeitslosigkeit wie in den ärgsten Krisenjahre nicht. In Leipzig ergab eine Arbeitslosenzählung, die von 30 Gewerkschaften vorgenommen wurde, fast 3000 Arbeitslose, d. h. 4 Proz.; eine gleiche Zählung im Juni 1908, dem schlimmsten Krisenjahre, ergab nur 2,9 Proz. Nach dem „Arbeitsmarkt“ war die Nachfrage nach Arbeit im Mai d. J. viel ungünstiger als im Mai des vorigen Jahres; auf 100 offene Stellen kamen 128,9 Angebote. Von überall her kommen derartige Mißverhältnisse. In München gibt es 6000 Arbeitslose. Von denselben waren 1600 am 27. Juni mehr als sechs Wochen ohne Verdienst; 1300 waren bereits ausgefeuer. In Berlin verlangen die arbeitslosen Holzarbeiter in einer gegen den Willen der Verbandsleitung einberufenen Versammlung die Verteilung des aufgesammelten Kampffonds. Aber die Kräfte der Gewerkschaften haben eine Grenze. Die Aufwendungen für die Milderung der Arbeitslosigkeit dürfen nicht die Kampffähigkeit der Organisation beeinträchtigen.

Es ist deshalb dringender als je nötig, den Staat an seine soziale Pflicht zu mahnen. Eine staatliche Arbeitslosenversicherung ist eine ebenso große Not-

wendigkeit wie die schon bestehenden Versicherungsgelebe für Krankheit, Unfall und Invalidität. Aktionen nach dieser Richtung waren trotz des erfolgreichen Vorgehens anderer Staaten bisher in Deutschland ergebnislos.

Wenn man die einschlägige, sehr umfangreiche Literatur über die Arbeitslosenfrage durchgeht, dann stößt man immer wieder auf die Forderung, daß das Genfer System als das zweckmäßigste erachtet wird. Es lehnt sich eng an das Arbeitslosenunterstützungswesen der Gewerkschaften. Es hat auch die meisten praktischen Erfahrungen und Erfolge hinter sich.

Das Genfer System beruht auf dem Grundsatze der Erziehung zur Selbsthilfe. Der Vater desselben, Louis Barles, der von der Gemeinde Gent in Belgien mit einem Bericht über die Erfahrungen in Gent in den Jahren 1906 bis 1908 beauftragt war, sagt darin:

Der Genfer Arbeitslosenfonds ist weder eine Versicherungskasse noch nur ein System von Gemeindezulagen an die Kasien der Fachvereine, wie es ursprünglich vorgeschlagen wurde. Das System zeigt sich als ein System der Solidarität, denn nur in den Gewerkschaften, nur in ihrem Schoße hat sich diese gegenseitige Versicherung bewährt. Nur durch die Gewerkschaften kommt nahezu die ganze Summe der städtischen Zulage den Arbeitslosen zugute.

Das System beruht auf dem Grundsatze der Erziehung zur Selbsthilfe unter Beistand der Gemeinden oder des Staates. Es wird von einer Gemeinde oder von mehreren Gemeinden ein kommunaler Arbeitslosenfonds geschaffen, der unter der Verwaltung eines partiiell zusammengesetzten Komitees steht. Aus diesem Fonds, zu dem die Arbeiter oder Empfänger nicht beisteuern, werden Zuschüsse an Arbeitslose gezahlt, die entweder einer Arbeitslosenunterstützung zahlenden Gewerkschaft angehören oder die selbständig oder mit Hilfe eines sogenannten Sparvereins ein Guthaben angeammelt haben und davon während der Arbeitslosigkeit Abhebungen vornehmen.

Diese Art der Arbeitslosenunterstützung hat die weiteste Verbreitung gefunden. Zunächst in Belgien selbst, dann aber auch in Frankreich, Holland, Luxemburg, Italien. In abgeänderter Form — mit Ausschaltung des Sparvereins — auch in einigen deutschen Städten.

Daß dieses Genfer System sich bis jetzt als das zweifelslos praktischste bewährt hat, wird auch von allen verständigen Beurteilern der Arbeitslosenfrage zugegeben. So hieß es in einer Denkschrift des badischen Ministeriums, daß das Genfer System allen andern überlegen ist. Der Regierungsrat Dr. Leo von Kaiserlich Statistisches Amt sagt in einem Artikel des Organs für die gesamte Versicherungswissenschaft, daß das Genfer System keinerlei praktische Schwierigkeiten ergeben hat.

Der Stadtrat Dr. Dehne in Dresden (jetzt Bürgermeister in Plauen i. V.) sagte bei einer Besprechung der Arbeitslosenfrage in einer Denkschrift: Praktisch anwendbar würde das Genfer System nur in der in Stralsburg und Mühlhausen angewendeten Form sein, also unter Weglassung der unpraktischen Sparzuschüsse. Ähnlich drückten sich auch Dominikus und Dr. Jaffrow in ihren Denkschriften aus.

Arbeitslosenversicherung im Wege der staatlichen Gesetzgebung haben Dänemark und Norwegen durchgeführt. In Belgien werden vom Staate Zuschüsse an die Gewerkschaften gegeben, die indes von diesen beliebig verwendet werden können.

In Deutschland gibt es noch nichts dergleichen. Allerdings ist die Frage durch das Eingreifen der Arbeitervertreter fast in allen einseitigsten Parlamenten, auch schon im Reichstag angeknüpft worden, allerdings bis auf Baden mit sehr negativem Erfolge. Man verkennt sich von seiten der bürgerlichen Vertreter hinter all faden-scheinigen und hundertmal widerlegten Einwänden, die wir schon im vorigen Artikel erörtert haben.

Und doch wird die Frage der Arbeitslosigkeit und ihre Bekämpfung auch durch gesetzgeberische Mittel nicht mehr von der Tagesordnung verschwinden. Die Gesellschaft hat die Pflicht, die Opfer ihrer unvollkommenen Einrichtungen über Wasser zu halten. Sie kann die Arbeitslosigkeit nicht beseitigen, aber sie hat die Pflicht, die Folgen zu lindern.

Bis jetzt hat die Arbeiterklasse neben den übrigen ungeheuren Lasten auch die Lasten der Arbeitslosenunterstützung allein getragen. Der Staat und die Gesellschaft müssen auch einen Teil der Lasten auf ihre Schultern nehmen.

Freilich muß die organisierte Arbeiterschaft alle Hände energisch zurückweisen, die darauf hinausgehen, ihre Bewegungsfreiheit irgendwie zu beschränken.

Nach welcher Richtung sich in Deutschland die Arbeitslosenfrage entwickelt, ob überhaupt in absehbarer Zeit etwas geschehen wird? Wer kann es sagen! Die organisierte Arbeiterschaft wird sich vielleicht noch lange Zeit auf sich allein verlassen müssen. Aber der Ruf wird nicht verhallen: Wir verlangen wirkliche Sozialreform auch auf dem Gebiete der Arbeitslosenfürsorge durch den Staat, die Gesellschaft!

## Die Maschinenfeger als Hexwild

Es ist unbekannt, die Bestüre der „Zeitschrift“ wird für die Prinzipale erst durch die Treibjagd auf die Maschinenfeger „interessant“. Allernächstens beschreibt man deren Gebreden nicht mehr mit allerlei schmeichelnden Beiräte, sondern man veranschaulicht sie bereits auf illustrierten Wege. In Nr. 74 ist photographisch festgehalten, was für Krippel ihres Berufs die Maschinenfeger doch sind. Unter den Prinzipalen und den Druckereileitern ist natürlich alles Ia Ware!

In Nr. 100 des „Korr.“ wurde den Kollegen eine angeblich von einem Typographen geschriebene Karte bekanntgemacht, die in der „Zeitschrift“ unter dem Titel „Maschinenfegerische Taktik“ abgedruckt war, und die in ihrer ganz sonderbaren Aufmachung annahm, als ob die ganze Sache fingiert sei.

Als „Eingeweihter“ leierte in Nr. 72 des Prinzipalsorgans ein Herr M-e sein Sprüchlein herunter, indem er zum Teil die rosigte Ganze wieder einlegte, die bereits von Kollegen untrer Sparte in laufend Stücken zerstückelt wurde. Die Art und Weise aber, wie sich der Herr Sachverständige produziert, erinnert lebhaft an die frohen Zeiten des seligen Don Quichotte; nur scheint er mehr die Rolle des Sancho Panza dabei zu spielen, der ja bekanntlich seinen Ritter halb aus Einfalt, teils auf guten Lohn hoffend, auf seinen tolleren begleitet.

Also lassen wir die Quintessenz seiner Epistel auf unsre Lachmuskeln wirken:

1. Die Sehmachinen sind zwar komplizierte Maschinen, ein Seher aber, der eine ordnungsgemäße Lehrzeit an der Maschine durchgemacht hat, soll und muß sie so kennen, daß er mit ihr fertig wird. . . . . Weistens sind es aber . . . Nachlässigkeit und böser Wille, die hier eine grobe Rolle spielen.“

2. Der Verfasser des Artikels über „Mudien der Sehmachinen usw.“ hat mit seinen Klagen (NB. Sabotage der Maschinenfeger) vollkommen recht, „darüber sind sich alle, die mit Sehmachinen zu tun haben, klar, und es bedarf gar keiner weiteren Erörterung, daß faktisch diese Mühsände existieren.“

3. Bekommt der Maschinenfeger von einem Faktor, der nicht so au fait im Sehmachinenwesen ist, einen „Sehling“, „Kühlf“, „Kühlf“ er . . . sein Mütchen an dem bösen Borgesecken.“

Daß M-e für diese Behauptungen natürlich nicht den geringsten Beweis antreten kann, bereitet ihm keine Strupel.

Dann erzählt er weiter, daß die Maschinenfeger, die sich einen gewissen Nimbus erhalten hätten, der von dem Wunderwerke der modernen Sehmachine auf sie selbst übergegangen sei und den sie sich geschickt zunutze machten, „noch heute in der glücklichen Lage sind, sich ihre Stellungen aussuchen zu können“. Also ist es nur Komödie oder Taktik, wenn man Inzerate nicht wie folgendes neulich im „Allgemeinen Anzeiger für Druckereien“:

**53 Linotypsetzer** bis zu 15 Jahren Praxis  
Gleich wohin. Gest. Angebote an Otto Hefeler,  
Berlin 34.

Vielleicht werden sich nun mindestens 200 Prinzipale um diese 53 reihen, die dann den armen Unternehmern ihre Bedingungen diktiert werden.

Daß M-e auch über die Bemühungen der Kollegen, sich technisch zu vervollkommen, seine Waise reißt, ist nach dem Vorhergehenden nicht zu verwundern. Hören wir hierüber seine gutwilligen Tiraden:

Es ist nicht ohne Netz zu verfolgen, mit welcher feiner Diplomatie hier (in den Fachblättern von Maschinensehern. Der Verf.) das Verhältnis des Maschinensehers zur Sehmachine stets in die rechte Beleuchtung gerückt wird. Da heißt es vor allem: andre abschneiden und den Ring der Maschinenfeger nicht allzusehr vergrößern! Deshalb ist die Arbeit an der Sehmachine so ungemein schwierig, kompliziert und gesundheitschädlich. In den Spartenblättern finden wir eine Fülle von Störungen erwähnt, und mit größter Umständlichkeit werden die einfachsten Mittel zu ihrer Behebung, die für Eingeweihte selbstverständlich sind, geschildert und dabei die geistige Bedeutung des betreffenden Maschinensehers, der sie gefunden hat, in das hellste Licht gestellt. Da denkt denn mancher arme Handfeger: „Im Gottes willen, was müssen das für Leuchten unser Standes sein, die mit solcher Maschine zu arbeiten verstehen, — da kann ich armer Sterblicher nicht mit antreten“. Mancher Prinzipal aber wird launig zu der Auffassung geleitet, daß die modernen Sehmachinen denn doch noch recht unvollkommene Apparate sind, wenn sowohl Grübeln und Experimentieren dazu gehört, um sie eingetragenen in Tätigkeit zu erhalten. Nach beiden Seiten aber wird der gewünschte Erfolg dieser Taktik erreicht.

Also geht es heraus: Untrer Kollegen opfern ihr Geld und ihre freie Zeit, nicht etwa, um sich beruflich zu vervollkommen; nein, nur aus faktischen Gründen, um die Effektivität ihrer ihr, auch so angenehmen, Maschinensehertätigkeit zu duplieren! Es sind doch verfluchte Kerls, diese Maschinenfeger! Aber noch schickiger ist der überbläute Herr M-e, dem es vorbehalten blieb, dies alles zu entdecken.

Wird nun Herr M-e entgegnet, daß die Tüchtigkeit an der Maschine eine nennenswerte sei, die eine ganz andere Arbeits- und Geisteskraft erfordere als der Handfeger, so sieht er dem betreffenden Maschinenfeger mit dem alten Augenerlöchen freundlich ins Gesicht. Ob er wirklich wie ein Augur lächeln kann?

Vor mir liegt eine Statistik des Maschinensehervereins „Nordwest“. Dieser Verein zählte Ende 1912: 112 Mitglieder. Davon erkrankten im Laufe des vergangenen Jahres: an Nervenleiden 9, Bleikrankheit 4, Hautkrankheit 1, Darmleiden 2, Rheumatismus 2, Salsleiden 2, Augenleiden 4, Schlaflosigkeit 6, Fingerquetschung 2, Brandwunden 1, zusammen 33 Mitglieder oder ein Drittel der Gesamtmitglieder. Fast alles typische Maschinensehertkrankheiten. Aber vielleicht sind diese Kollegen auch aus faktischen Gründen erkrankt; nicht wahr, Herr M-e?

Wo will nun Herr M-e hinaus? Die 25 Proz. Aufschlag für Maschinenfeger sind seiner Meinung nach durch nichts gerechtfertigt. Er verweist auf Amerika, wo der Unterschied fast durchweg nur 10 Proz. betrage, verweigert aber wohlweislich, daß in Amerika die Löhne der Handfeger und Maschinenfeger über doppelt so hoch sind wie in Deutschland; von verchiedenem andern ganz abgesehen.

Wenn nun nach Ihrer Meinung, Herr M-e, die große Differenz zwischen Hand- und Maschinenfegerlohn eine Ungerechtfertigung ist, warum treten Sie dann nicht dafür ein, daß man den Handsehern 15 Proz. auf ihren Lohn schlägt? Das wäre bei den jetzigen teuren Lebensverhältnissen durchaus am Platze. Dann wäre die Differenz ja nur noch 10 Proz.

Aber, das ist es ja eben, was man nicht will. Man will wohl abziehen, aber nicht zuzahlen!

Um billigeren würde es ja sein, wenn sich mancher Prinzipal selbst an die Sehmachine setze. Vielleicht würde er dann auch eine bessere Auffassung von den Maschinensehern bekommen.

Der ganze Zweck dieser Stillübungen gegen die Maschinenfeger ist scheinbar der, die kleinen Prinzipale vor den Maschinensehern graulich zu machen. So mancher kleinere Prinzipal ist in den letzten Jahren durch Konkurrenz, erhöhte Ansprüche der Kundenschaft usw. zur Anschaffung von Sehmachinen gezwungen worden. Da nun diese teuren Maschinen sich nicht oder nicht in wünschenswerter Weise rentieren, wenn nicht genügend passende Arbeiter hierfür vorhanden sind, so geraten diese Prinzipale mitunter in schwierige Lage. Statt ihnen nur klar zu machen, daß es die sich innerhalb unseres Gewerbes immer mehr bemerkbar machende kapitalistische Tendenz ist, die die Existenzbedingungen der Kleinbetriebe fortwährend einengt, statt ihnen den Weg des wirtschaftlichen Zusammenschlusses, der Arbeitsteilung usw. zu zeigen, stellt man diesen Kleindruckern die Gehilfen und vor allem die Maschinenfeger als Pöpsel hin, die mit ihren „hohen Löhnen“ und mit ihrem „Übermut“ an allem Übel schuld sind.

Dabei schlägt man zwei Fliegen mit einer Klappe: Man täuscht die kleinen Prinzipale über die wahren Ursachen ihrer mißlichen Lage hinweg und gewinnt sie anderseits für ihre Bestrebungen gegen die Gehilfenerschaft.

Die eigentlichen Drahtzieher bleiben dabei weit vom Schutze; sie schiden nur ihre Sancho Panzas vor.

Der Herr M-e bemerkt am Schluß seiner Erzählung, daß die von ihm beregten Fragen gründlich nur in mündlicher Ausprache behandelt werden können. Uns dauern schon jetzt jene Prinzipale, die den Weisheiten dieses Fachmannes lauschen werden!

F. Z.

## □ □ □ □ □ Gau Hannover □ □ □ □ □

Am 7. und 8. September hielt der Gau Hannover im Restaurant „Bürgerhaus“ zu Osnaabrück seinen 35. Gau-tag ab.

Vor Beginn der Verhandlungen gedachte der den Vorsitz führende Gauvorsteher Karl Rosenbruch der verstorbenen Kollegen Georg Klapproth und William Rosenbruch, zu deren Ehren sich die Anwesenden von ihren Sitzen erhoben.

Die Befprechung der Lage des Gewerbes bildete den ersten Beratungsgegenstand. In seinem Vortrag über diese Frage rief Kollege Rosenbruch all die wichtigen Ereignisse, die sich seit dem Abschluß der jüngsten Tarifrevision im Buchdruckgewerbe abspielten, den Delegierten in die Erinnerung zurück. 10, ja 12 Proz. Lohnerhöhung und eine halbstündige Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit erreichte die Gehilfenerschaft. Die Gehilfenvertreter aber mußten Konzessionen bei den Sehmachinen machen, die den lebhaften Anwillen besonders der Maschinenfeger hervorriefen. Ihr Unwille wird jedoch einer besseren Erkenntnis, die die Sachlage verständnisvoller würdigte, und zwar verständnisvoller als man im Prinzipalslager von sich behaupten kann. Mit dem Ergebnisse der Tarifberatung, besonders mit dem Maße der Lohnerhöhung im höchsten Grad unzufrieden, brach sich dort die Überzeugung Bahn, daß der Verband zu mächtig geworden sei. Ein Teil der Prinzipale begünstigt den Gutenbergsbund. Die Breslauer Hauptversammlung schuf den Fonds für besondere Zwecke und den Tarifberatungsausschuß, um dem Verbande den Wind aus den Segeln zu nehmen und seine Macht zu schwächen. Dieses Beginnen aber ist unfruchtbar, weil auf beiden Seiten starke Organisationen vorhanden sein müssen, wenn eine Tarifgemeinschaft Allgemeinut des Gewerbes werden und zum Segen für beide Teile wirken soll, wie das die Tarifgemeinschaft im Buchdruckgewerbe bisher getan hat. In der kariflosen Zeit ging unser Gewerbe in einer Weise zurück, wie es kaum zu beschreiben ist, und noch sind nicht alle Wunden vernarbt, die jene Zeit, in der die Sehmachinkonkurrenz wahre Drogen feierte, dem Gewerbe

schlug. Redner erinnerte an die Gauvorsteherkonferenz, den Oktoberfrieden, die Tarifausgleichung, die Erklärung Böhlins und die Antwort Dr. Petersmanns: „Wir wollen keine Frontänderung“, und unterzog die persönliche Kampfesweise des Arbeitgeberverbandes im Buchdruckgewerbe und seines getreuen Eidolins Gutenbergsbund einer kritischen Würdigung. Der in der „Zeitschrift“ erschienene Artikel „Konjunktur, Arbeitslosigkeit und technischer Fortschritt“ zeige, wie man sich im Prinzipalslager die Entwicklung denke. Doch mache die zunehmende Kompliziertheit untrer Maschinen einen Strich durch solche Rechnungen, weil durch sie die gelehrten Arbeiter nicht entbehrlich werden.

1912 hatte das Buchdruckgewerbe trotz Zunahme der Arbeitslosenzahl gute Beschäftigung. Dies Jahr brachte eine Verteilung des Geldmarktes, politische Unsicherheiten, Synoptikenot und Hemmung des Baugewerbes. Jetzt aber sind wir in einer direkt rückschlüssigen Konjunkturperiode. Angefichts der großen Arbeitslosigkeit auch im Buchdruckgewerbe ist das Streben jener Kollegen besonders verwerflich, die sich nach Überstunden drängen. So schlimm jedoch, wie die Krisis sich anhelt, dürfte sie nicht werden. Zu dieser Hoffnung berechtigen die günstige Weltlage, die Zeichen für die Belebung des Eisenmarktes wie der Konjunktur im Baugewerbe und in der Textilindustrie. Der Redner betonte die Notwendigkeit, die Mitglieder über den Zusammenhang all dieser Dinge zu informieren. Er ernannte die Delegierten, den Schluß der Resolution der Danziger Generalversammlung zu beherzigen, die jungen Kollegen zur regen Teilnahme am Vereinsleben zu veranlassen, der Situation Verständnis entgegenzubringen und zu gemeinsamem Streben geschlossen zusammenzusehen.

Schweinitz (Hannover) sprach seine Freude über die Feststellung Rosenbruchs aus, daß sich die Maschinenfeger mit den Dingen abgefunden haben, und daß die Gehilfen tarifreuer geworden wären als die Prinzipale. Das könne nicht laut genug betont werden, weil die Scharmacher immer und immer wieder behaupten, daß das Tarifrecht der Organisationsmacht untergeordnet werden solle. Traurig sei es, daß die Herren Kaufmann & Co. zu solchen Scharmachereien Material liefern. Die Verbandsmitglieder in den Konjunkturereinen hätten die Pflicht, den Geschäftsleitungen plausibel zu machen, daß das Verhalten Kaufmanns ein Skandal sei, dem ein Ende gemacht werden müsse. Ein Teil der Unternehmer will die Tarifgemeinschaften dazu benutzen, die Gewerkschaften niederzuringen. Die Scharmachereien seien von Außenstehenden in die Kreise untrer Prinzipale hineingetragen. Die Gedankengänge des Setzungsverlegerevereins, die im Jahre 1909 als etwas ganz Unerhörtes betrachtet wurden, seien jetzt in weiten Kreisen der Prinzipalsität Gemeingut geworden. Um angefichts der großen Arbeitslosigkeit das Überstundenunwesen zu bekämpfen und im Gau Hannover eine bessere Arbeitsvermittlung als bisher zu ermöglichen, empfahl Redner nach kurzer Begründung folgende Resolution dem Gaufrage zur Annahme:

Der Gaufrage ersucht den Gehilfenvertreter, beim Kreisamt I die Herausgabe eines Zirkulars zu beantragen, durch das die tarifzugehörigen Prinzipale unter Hinweis auf die abnorm große Arbeitslosigkeit und die Bestimmungen des § 6 (3) des Tarifs aufgefordert werden, Überstunden zu vermeiden.

Die Mitglieder und die Funktionäre des Gaus werden aufgefordert, auf Einhaltung der erwähnten tariflichen Bestimmungen zu dringen. Sind diese Versuche erfolglos, so ist sofort beim Gehilfenvertreter Beschwerde zu erheben.

Um eine ausreichende Versorgung auch der kleinsten Druckstädte mit Arbeitskräften zu ermöglichen, hält der Gaufrage die Errichtung von Tarifarbeitsnachweisen in Lüneburg und Osnaabrück für erforderlich.

In der weiteren Debatte, an der sich noch zwölf Redner beteiligten, wurde die Annahme dieser Resolution lebhaft bestritten. Die Bekämpfung des Überstundenunwesens wurde besonders in Rücksicht auf die große Arbeitslosigkeit, die die beschleunigte Einführung der Sehmachinen und die ausgiebigere Ausnutzung der Arbeitskraft des einzelnen noch verschärft, als eine der wichtigsten Aufgaben der Organisation bezeichnet. Den Prinzipalen müßte durch die Tarifanfragen zu Gemüte geführt werden, daß es unrecht sei, wenn nur der eine Kontrahent die Lasten der großen Arbeitslosigkeit trage. Die Errichtung eines Arbeitsnachweises in Lüneburg sowie eines Arbeitsnachweises und eines Tarifschiedsgerichts in Osnaabrück sei ganz unerlässlich. Wiechel (Lüneburg) beklagte, daß die Lüneburger Prinzipale sich telefonisch an den Hamburger Arbeitsnachweis wenden, wenn sie Gehilfen einstellen wollen, obgleich der Arbeitsnachweis Hannover für Lüneburg zuständig ist. Rabes (Osnaabrück) berichtete, daß die Gehilfen Osnaabrucks seit langem die Errichtung eines Tarifarbeitsnachweises und eines Schiedsgerichts in Osnaabrück mit Eifer erbeten, bis jetzt leider mit negativem Erfolge, weil die Osnaabrücker Prinzipale, die am liebsten nicht in nähere Fühlung miteinander treten (das tun sie nur, wenn die Gehilfen Forderungen stellen), diesen Bestreben bisher erfolgreichem Widerstand entgegensetzten. Das Verhalten des Herrn Kaufmann wurde von sämtlichen Rednern aufs schärfste verurteilt. Es wurde als unerfänglich bezeichnet, mit welchem Rechte Herr Kaufmann als Angefallener eines Arbeiterunternehmens den von ihm belieben Herenfandpunkt einnehme. Es sei allerdings längst bekannt, daß die Buchdrucker ihm ein Dorn im Auge seien. Aber auch das Verbandsmitglied Steinbock wird für diese Vorgänge verantwortlich gemacht. Falsch wäre es, würde man das Gehilfenchaftswesen entstellen lassen, was genannte Herren fündigen. Nun erst recht sollten alle Verbandsmitglieder den Konjunkturereinen beitreten und dort ihre Stimme erheben, um auf Herrn Kaufmann einzuwirken. Eine Frontänderung im Prinzip-



palslager sei trotz gegenseitiger Versicherung auf der jüngsten Tarifauschüßung schon längere Zeit unverkennbar. Die schlechte Anteilnahme der jüngeren Kollegen am Vereinsleben erkläre sich aus den tariflich geordneten Verhältnissen unseres Berufs, die es den jungen Kollegen erparen, um das Minimum erst kämpfen zu müssen, was die älteren tun mußten. Darum sei eine regere Innenagitation und Erziehungsarbeit als bisher vorzuziehen. Zur Schwarzarbeit sei aber kein Anlaß vorhanden. Seien wir doch zu 93 Proz. organisiert in einer musterhaften Organisation.

Die beiden ersten Absätze obiger Resolution wurden hierauf einstimmig, der letzte Absatz gegen die Stimmen dreier Delegierten (aus dem Bezirke Lüneburg) angenommen. Den Kassenerbericht gab Kollege Ehrhardt, der die Jahresabschlüsse 1911 und 1912 als befriedigend bezeichnete. Im Jahre 1911 hatte die Gaukasse eine Vermögenszunahme von 2223,39 Mk., trotz der Kosten für einen Gaufag und für die Generalversammlung des Verbandes. 1912 betrug die Vermögenszunahme 2561,02 Mk. Sie entspricht also der Zinseinnahme. Von 5968 Mk. im Jahre 1911 stieg die Ausgabe für Arbeitslose um 3444,50 Mk., also auf 9412,50 Mk. im Jahre 1912. Auf den Kopf eines Mitgliedes betrug das Vermögen des Gaus 1909: 23,86 Mk., 1910: 24,42 Mk., 1911: 24 Mk. und 1912: 24,42 Mk. Auf Antrag der Revisoren ward dem Kassierer einstimmig Entlassung erteilt.

In die Kommission zur Unterbreitung von Vorschlägen für die Festsetzung der Remuneration wurden die Kollegen Römer (Braunschweig), Schwerdtfeger (Göttingen), Müller und Hartung (Hannover), Fricke (Hannover-Land), Förcke (Hildesheim), Reimers (Alzen), Brix (Osnabrück) und als Vertreter des Gauvorstandes die Kollegen Fricke und Ehrhardt gewählt. Diese Kommission wurde nach längerer Geschäftsordnungsdebatte beauftragt, sich mit den zu § 24 der GauGeschäftsordnung gestellten Anträgen, die auf eine Erhöhung der Voten für die Gaufagsdelegierten gerichtet waren, sowie mit der Wahl des Gauvorstandes zu befassen.

Geraume Zeit nahm die Besprechung der wichtigsten Vorkommnisse in den Bezirken in Anspruch. Aber große Arbeitslosigkeit im allgemeinen, besonders aber in Braunschweig, Einbeck und Hannover wurde berichtet. Das sei bei der für Hannover festgestellten Tatsache, daß 60 Proz. der jüngsten Tarifhöhung, die doch einen Ausgleich schaffen sollte, durch die Verküerung der Lebenshaltung absorbiert werde, eine erste Erscheinung der Gegenwart. Es sei immerhin zu begrüßen, daß der lebhafte Maternausaustausch zwischen zwei hannoverschen Tageszeitungen infolge von Differenzen zwischen beiden Geschäftsleitungen jetzt eingestell wurde. Aber die Anstrengungen des Guttenbergbundes, sich im Gau Hannover einzunisten, wurde aus allen Bezirken berichtet und geschildert, wie (z. B. in Hannover-Land) die in kleineren Orten arbeitenden Kollegen mit Fugbüchern überschwennt werden, und daß dem Bund die Hilfe des Landrats direkt oder indirekt zuteil werde, der dem Kreisblattdrucker über die Beschäftigung, "roter" Werbender Vorhaltungen mache, und wie der Bund zu seinen Gunsten von christlichen Korporationen auf Drucker von Zentrumsblättern (wie Korporkator in Hildesheim) einen starken Druck ausüben lasse. Selbst im Krankenhaus wurden junge Kollegen angehecht, um sie für den Guttenbergbund zu gewinnen (Einbeck). Allenthalben aber waren die Erfolge der Bundesapostel negativ, nicht nennenswert oder vorübergehend. In Solzminde machte der Prinzipal mit den Bündlern ihrer "großen" Leistungsfähigkeit wegen so schlechte Erfahrungen, daß er hoffentlich von seiner für diese Herrschaften im vorigen Jahr entdeckten Neigung gründlich kuriet ist. Hartung (Hannover) erinnerte daran, daß der Abonnementpreis für den "Typograph" am 1. Januar 1914 erhöht werde, und trat dafür ein, daß dieses Blatt von den Bezirks- und Ortsvorständen nicht mehr wie bisher gehalten wird; denn es sei im höchsten Grad unangebracht, den Guttenbergbund, dessen Organ den Verband und seine Funktionäre in jeder Spalte mit Schmutz bewerfe, finanziell zu unterstützen. Doch wurde ein Beschluß nicht gefaßt, sondern es den einzelnen Verbandsinstanzen überlassen, darüber zu entscheiden, ob sie den "Typograph" zu informatorischen Zwecken lesen wollen oder nicht.

Der Stand der Organisation ist im allgemeinen im Gau Hannover sehr gut und der Tarif fast überall durchgeführt; doch gibt es noch hier und da recht feineigen Boden zu bedauern, um die Kollegen, die (teils als kleine Haus- und Grundbesitzer) an der Scholle kleben, für die Organisation und die Tarifarbeit voll und ganz zu gewinnen. Es wurde die Überzeugung ausgedrückt, daß planmäßiges, unermüdliches, schriftliches Arbeiten auch hier dem Fortschritt die Wege ebnen werde. Eine eingehende Aufklärungs- und Erziehungsarbeit durch Vorträge usw. über unsern Tarif und das Tarifwesen überhaupt wurde als Notwendigkeit bezeichnet, um die noch oft anzutreffende Unkenntnis auf diesen Gebiete zu bekämpfen. Diesen Zweck unterstützte der angenommene Antrag der Kollegen Sorgenfrei, Müller und Hartung (Hannover) zum § 8 der GauGeschäftsordnung: "Der jeweils in Kraft tretende Tarif ist den Mitgliedern des Gaus auf Kosten der Gaukasse zu überreichen." Auch hier wurde das dringende Erfordernis betont, sich der jungen Kollegen anzunehmen und das Versammlungsleben zu heben zu suchen durch Ausmerzung von Kleinlichkeiten aus den Versammlungen, schnelle Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten und ausgiebige Befassung mit den großen Zeitfragen. Jeder Funktionär müsse sich außer um die Gewerkschaftsbewegung auch um die Genossenschaftsbewegung kümmern, wodurch er seinen Blick weiten und sich zu seiner Gewerkschaftsarbeit besser befähigen könne. Der Goutag gab noch seine Zustimmung dazu, daß der Bezirk Hannover-Land, der bisher vom Gauvorstande verwaltet wurde, als selbständiger Bezirk in Zukunft bestehen wird.

Am der auf Antrag des Lokalvereins Hannover vorgenommenen Aussprache über die Aufstellung der Kandidaten zur Wahl der Generalversammlungsdelegierten beteiligten sich 14 Redner, von deren Ausführungen folgende kurz skizziert seien: Während Niemann (Hannover) als Ursache der Aussprache die Mißstimmung darüber schildert, daß der größte Bezirk des Gaus, der Lokalverein Hannover, auf der Generalversammlung in Köln nicht und auf der in Hannover nur durch das Zurücktreten des Kollegen Fricke vertreten gewesen sei, befreite Lücke (Hannover), daß eine Mißstimmung aus solchen Anlässe geherricht habe. Den Anlaß zu dem Antrage Hannover auf Aussprache über diese Frage habe die Beobachtung gegeben, daß sich die Bezirke in ihrer Vertretung durch den Lokalverein Hannover irrtümlicherweise benachteiligt fühlen. Es würden in Hannover wohnende Kandidaten von einzelnen Ortsvereinen vorgeschlagen, die die Lokalvereinsversammlung nicht zu ihren Kandidaten erwählt hatte, und dadurch eine Zerpfliederung der hannoverschen Stimmen herbeigeführt. Diese Zerpfliederung werde noch durch besondere Kandidaturen der Sparten begünstigt. Redner schlug vor, die Kandidatenaufstellung im Gau Hannover in Zukunft so zu handhaben, daß der Gauvorsteher als Kandidat des Gaus zu gelten hat, und aus der Mitte des Lokalvereins Hannover, der fast die Hälfte der Mitglieder des Gaus zähle, zwei Kandidaten sowie aus der Mitte der übrigen Bezirke je ein Kandidat nominiert werden. Dann sei auch dem Beschlusse der Köhler Generalversammlung Rechnung getragen, wonach um 50 Proz. mehr Kandidaten aufzustellen seien als zu wählen sind. Es sei das eifrigste Bestreben des Lokalvereins Hannover, sich mit den übrigen Bezirken des Gaus in gutem Einvernehmen zu wissen. Fretzel (Hildesheim) bezeichnete ein Sandeln, wie es jüngst der Ortsverein Alzen beliebt habe, als unrichtig, der, obgleich er über die Verhältnisse des Bezirkes Hildesheim nicht genügend unterrichtet gewesen, einen Kandidaten aus dem Bezirke Hildesheim aufgestellt habe, den dieser selbst nicht vorgeschlagen hatte. Reuter (Braunschweig) hält das jetzige Verfahren bei Aufstellung der Generalversammlungsdelegierten nicht für richtig. Die Gaus müßten in Wahlbezirke eingeteilt werden. Dann lasse es sich ermöglichen, daß alle Bezirke einmal auf der Generalversammlung vertreten sind. Im übrigen seien die Delegierten nicht Vertreter eines Bezirkes, sondern des ganzen Gaus. Der Vorschlag Lütches sei nicht annehmbar, weil er gegen das Verbandsstatut verstoße. Denselben Einwand erhob auch Severid (Braunschweig). Reimers (Alzen) betonte, daß der Ortsverein Alzen so gehandelt habe, wie es das Verbandsstatut vorschreibe und wozu das Statut des Gauvorstandes auffordere. Pfingsten (Gauvorstand) erklärte, daß die Stellung des Gauvorstandes durch das Verbandsstatut gegeben sei. Die einzelnen Bezirke und Ortsvereine wurden aufgefordert, eine ganze Kandidatenliste aufzustellen, weil die zu wählenden Delegierten Kandidaten des ganzen Gaus seien. Nach dieser Aufforderung sei überall verfahren worden. Ob es angebracht sei, die Kandidaten stets auf einem Gaufag aufzustellen, der dann vor der Generalversammlung abgehalten werden müßte, solle nicht unterfucht werden. Jedenfalls koste aber auch ein sich frohgem eventuell notwendig machender außerordentlicher Gaufag nach der Generalversammlung viel Geld. Praktisch sei es, wenn einzelne Bezirke bezüglich der Kandidatenfrage Vereinbarungen treffen. Unpraktisch aber, wenn einzelne Ortsvereine diese Vereinbarungen dann wieder durchbrechen. In der Debatte wurde außerdem von mehreren Rednern, besonders entschieden aber von Flehner (Braunschweig), zu den Kandidaturen der einzelnen Berufsgruppen Stellung genommen und unter allgemeiner Zustimmung betont, daß es zur Generalversammlung Vertreter der Berufsgruppen nicht gibt und nicht geben kann, sondern nur Vertreter der Gesamtkollegenchaft. Der, der sich eifrig am Verbandsleben beteilige und sich als befähigt erweise, habe Gelegenheit, in hervorragende Stellen einzurücken und auch als Delegierter zur Generalversammlung gewählt zu werden, einerlei ob er Handfeger, Maschinenfeger, Drucker, Stereotypen- oder Korrektor sei. Lücke (Hannover) erklärte im Namen der hannoverschen Delegierten, von der Aussprache vollauf befriedigt zu sein, und zog seinen Vorschlag zurück.

Der Antrag der Mitgliedschaft Einbeck, den Ortsverein Einbeck vom Bezirke Hildesheim abzuweigen und dem Bezirke Göttingen anzuschließen, wurde angenommen.

Der Antrag der Mitgliedschaft Alzen, zu beschließen, daß die Mitglieder für geleistete Beiträge Quittungsmarken erhalten, wurde von Reimers (Alzen) zurückgezogen.

Der Gaufag beschäftigte sich hierauf mit Abänderungsanträgen zur GauGeschäftsordnung und beschloß auf Antrag des Gauvorstandes, in § 8 Abs. 1 zu bestimmen: "Das Quittungsbuch bleibt Eigentum des Verbandes." Während der Antrag des Lokalvereins Hannover zu § 23: "Die Gaufage finden in den Jahren statt, in denen die ordentlichen Generalversammlungen des Verbandes tagen", gegen die Stimmen der hannoverschen Delegierten abgelehnt wurde, ward dessen folgender Antrag zu § 25 angenommen: "Anträge zum Gaufage können gestellt werden vom Gauvorstande, von den Bezirken, den Mitgliedern und den Gaufagsdelegierten. Anträge der letzteren Art müssen jedoch von mindestens zehn Delegierten unterstützt sein." Zu § 13 Abs. 4 der in der Geschäftsordnung enthaltenen Beschlüsse über die Unterfertigungen wurde bezüglich der Reifeunterfertigung an Ausgefueuerte und Nichtbezugsberechtigten auf Antrag der Mitgliedschaft Hildesheim beschlossen: "Die Unterfertigungen dürfen an demselben Tage nur einmal zur Auszahlung gelangen und können innerhalb sechs Monaten an ein und derselben Kasselle nur einmal bewilligt werden usw." Ebenso wurde auf Antrag des Bezirkes Braunschweig beschlossen, auf Seite 20 in den Seiten 1 und 2 zu fügen: "Jur Rün-

digung (des Verwalters) ist jedoch ein gemeinsamer Beschluß des Gauvorstandes, der Bezirksvorsteher und des Vorstandes des Lokalvereins Hannover notwendig".

Beim Punkte: "Beratung über Anträge aus der Versammlung", erluchte Wiesel (Lüneburg) den Gauvorstand, beim Verbandsvorstand dahin zu wirken, daß die Reifefreie Berlin-Lüneburg, die entschieden zu lang sei, geleift werde. Rosenbruch sagte die Unterfertigung des Gauvorstandes zu. Er pflichtete auch Förcke (Hildesheim) bei, der für eine größere Einheitslichkeit in der Behandlung rentierender Kranker eintritt.

Dann wurde auf Antrag der Remunerationskommission beschlossen, die Remunerationen wie folgt festzusetzen: Gauvorstand 1000 Mk., Bezirk Braunschweig 780 Mk., Bezirk Göttingen 310 Mk., Bezirk Hildesheim 420 Mk., Bezirk Hannover-Land 220 Mk., Bezirk Lüneburg 350 Mk., Bezirk Osnabrück 340 Mk. und Lokalverein Hannover 1840 Mark. Den einheimlichen Delegierten wurden 7 Mk. Tagesgeld, den auswärtigen 8 Mk. Tagesgeld, Arbeitsentschädigung sowie Fahrgeid dritter Klasse bewilligt.

Zur Wahl des Gauvorstandes erklärte Kollege Rosenbruch, einer eisernen Notwendigkeit Rechnung zu fragen, wenn er auf die Wiederwahl als Gauvorsteher verzichte und darum bitte, als Beiführer im Gauvorstande bleiben zu dürfen. Die Arbeitsüberbürdung infolge der Annahme des Geschäftsführerpostens der Vereinsbuchdruckerei, zu dessen Annahme er sich moralisch verpflichtet gefühlt habe, zwinge ihn dazu. Einige Redner hielten es für ausgeschlossen, daß die Arbeiten des Gauvorstehers noch länger im Nebenamt erledigt werden können und sprachen die Überzeugung aus, daß der nächste Gaufag sich mit der Aufstellung des Gauvorstehers beschäftigen werde. Die Wahl hatte folgendes Ergebnis: Gustav Pfingsten, Gauvorsteher; Emil Fricke, Stellvertreter; Theodor Ehrhardt, Kassierer; Otto Sahn und August Pape, Schriftführer; Ernst Böhme und Karl Engelhardt, Revisoren; Karl Rosenbruch und Christian Rabe, Beiführer.

Kollege Schweinitz (Hannover) widmete unter lebhaftem, allgemeinem Beifalle dem Kollegen Rosenbruch warme Dankesworte.

Der nächste Gaufag wird in Hannover abgehalten.

Die Osnabrücker Kollegen hatten sich mit Erfolg bemüht, den auswärtigen Delegierten den Aufenthalt in Osnabrück recht angenehm zu machen, besonders durch die Veranstaltung eines vorzüglichen Sommeres nach Beendigung der Verhandlungen am ersten Verbandstag. Der Gesangverein "Typograph" und die Kollegen Giese, Harke, Heermann, Herlihus, Kischer, Raab, Steinhäcker und Wolfgang trugen nach besten Kräften zum Wohlfeligen bei.

## □ □ □ □ Volkswirtschaft □ □ □ □

### Der wirtschaftliche Urzustand.

Unsre Zusammenfassung der "Wirtschaftlichen Grundlagen" in Nr. 103 hatte den Zweck, die allgemeinen Ursachen und Bedingungen der menschlichen Wirtschaft verständlich zu machen. Als Endresultat blieb uns die Quintessenz, daß, so hoch sich auch der menschliche Bestand im Laufe der Jahrtausende entwickelt hat, seine Wurzeln doch aufs engste mit den den Menschen umgebenden Naturverhältnissen verachsen sind, daß Mangel oder Überfluß den Kampf ums Dasein in auf- oder absteigende Bahnen lenkte. Diese Entwicklung zur menschlichen Wirtschaft nun in ihren ersten erkennbaren Merkmalen verständlich zu machen, sei das Ziel unserer folgenden Betrachtung.

Ein vernünftiger Mensch von heutzutage verrichtet alle seine wirtschaftlichen Handlungen zweckbewußt. Er hat dabei ein fernertiegendes Ziel im Auge. Und so erscheinen dem heutigen Kulturmenschen alle wirtschaftlichen Handlungen bei oberflächlicher Betrachtung als der Ausfluß eines dem Menschen angeborenen wirtschaftlichen Prinzips, wodurch er sich vom Tier unterscheidet. Und doch genügt eine kurze Beobachtung weniger Menschen, daß sich dieses "Prinzip" in so großer Mannigfaltigkeit zeigt, als es Menschen, Geschlechter und Rassen gibt. Von einer Einheitslichkeit von Natur aus im wirtschaftlichen Handeln keine Spur. Fleißige und Faulle, Sparrer und Verschwender wechseln in vielfacher Reihenfolge miteinander ab. Noch deutlicher wird aber die Fragwürdigkeit eines natürlichen wirtschaftlichen Prinzips, wenn wir den einzelnen Menschen in seiner Entwicklung betrachten. Wo sehen wir z. B. eine sogenannte wirtschaftliche Natur beim Kind in den ersten Lebensjahren. Es zerstört keine Spielfachen, verdirbt das Essen und ist nur mit größter Mühe und jahrelanger Erziehungsarbeit zum "Wirtschaften" zu bringen; viele Menschen lernen es überhaupt nie. Und diese Tatsache läßt uns erkennen, daß das Wirtschaftsleben der Menschheit erst nach und nach geworden ist. Daß es eine Zeit gegeben haben muß, wo der Mensch nicht wirtschaftete, wo seine Bedürfnisbefriedigung rein instinktiv erfolgte wie bei den Tieren. Diese Behauptung gilt es zu beweisen. Um das zu können, brauchen wir nur einen schärferen Blick auf das Leben der sogenannten Naturvölker der Gegenwart zu werfen. Wohl gibt es heute keine Urmenschen oder ganz kulturlose Völker mehr; dagegen gibt es eine ganze Reihe gemeinsamer Charaktereigenschaften der am niedrigsten stehenden Menschen. Und diese lassen sich wieder zusammenfassen in Züge, die nur der ältesten Lebensführung bei fast allen Naturvölkern entsprungen sein können. Die Waldindianer Brasiliens, die Bushmänner in Südafrika, die Bantua im Kongo-becken, die Wedda auf Ceylon, die Auku auf Sumatra,

die Mincopie auf den Andamanen, die Ma auf den Philippinen, die Australier des inneren Festlandes, die Feuerländer usw. sind solche Naturvölker, die heute noch leben und von den maßgebendsten Forschern der Neuzeit als die in der Kultur rückständigsten Menschen der Gegenwart bezeichnet werden. Sie sind aber trotzdem nicht vollständig kulturlos. Sie kennen das Feuer und den Pfeil. Streicht man aber Feuer und Pfeil aus dem Leben dieser Naturvölker, dann haben wir einen Urzustand, in dem der Mensch in einem tierähnlichen Zustande lebt.

Auf dieser Vorstufe aller menschlichen Kultur sucht sich der Mensch nur Nahrung, wo er sich gerade befindet; schläft, wo ihn die Nacht ereilt. Das einzige Werkzeug ist ein Grabstock, womit die Frau Wurzeln sucht. In kleinen Gruppen, ähnlich den Rudeln der Tiere, schleichen diese Menschen, ihre Nahrung suchend, umher. In einer Höhle oder unter einem Baum, oft auch nur in einer ausgewählten Erdgrube, suchen sie ihr Nachlager. Sie nähren sich hauptsächlich von Früchten und Wurzeln, essen aber auch alles Animalische bis auf Schnecken, Maden, Heuschrecken usw. Vorräte werden nicht gesammelt. Wo sich reichlich Nahrung findet, da sammeln sich die Menschen in großer Zahl, gleich den Tieren bei einem ergiebigen Futterplatz. Was sie finden, wird sofort verzehrt und wenn sie nichts mehr finden, leiden sie gräßlichen Hunger. Ihr Gebrühen wird zum Schmachtriemen, den sie enger knüpfen, um den Hunger weniger fühlbar zu machen. Die feste Nahrungssuche führt zum Nomadenleben. Ist ein Futterplatz erschöpft, dann trennen sich die Menschen wieder. Geht die einen zur Rechten, so gehen die andern zur Linken. Die Menschen dieser Stufe trennen sich äußerst leicht voneinander. Das einzige engere Bündnis besteht nur zwischen Mutter und Kind, aber ohne dauernde Verbindung zwischen Mann und Frau. Die Mutter muß das Kind auf dem Marsch immer auf dem Rücken mitschleppen; sie gewöhnt es daher schon sehr frühzeitig an selbständige Nahrungssuche, was weiterhin auch zu einer baldigen völligen Trennung von Mutter und Kind führt, in vielen Fällen aber auch zur Kindesstörung, die bekanntlich heute noch unter vielen wilden Völkern verbreitet ist. Von dieser Basis ausgehend, kann man auch den Zustand vieler heutiger Naturvölker erst richtig verstehen.

Allerall, wo wir die Naturvölker heute noch beobachten können, erinnert ihre Bedürfnisbefriedigung in vielen Zügen an das instinktive Handeln des Tieres. Allerall bleibt ihr Dasein noch weit entfernt von aller Sehschäftigkeit. Selbst ihre leichtgebauten Hüften erinnern nur an die Kiefer der Vögel, die verlassen werden, sobald die Brut flügge geworden ist. Durchweg herrscht bei diesen Menschen eine grobe Sorglosigkeit sowie auch die größte Rücksichtslosigkeit gegenüber den Nahrungsquellen. Die rückständigsten Wilden haben gar kein Interesse für das was außer ihnen liegt. Sie wollen nur essen, spielen und schlafen, wo nötig, sich gegen die Inzucht der Witterung schützen, weiter nichts. Der Wilde denkt nur an sich und nur an die Gegenwart. Was darüber hinausliegt, ist seinem Geistesleben fast ganz verschlossen.

Nicht viel besser steht es bei diesen Naturmenschen auch mit dem Begriffe der Zeit. Kein Naturvolk hält feste Maßzeiten ein wie wir. Nicht einmal die Beduinen, die doch noch lange nicht zu den rückständigsten Völkern gezählt werden können. Sie essen, wenn sie Hunger haben. Schon Livingston nannte z. B. Afrika, die glückseligste Gegend, wo die Zeit durchaus keinen Wert hat, und wo die Menschen, wenn sie müde sind, sich hinsetzen und ausrufen: „Selbst die geringfügigste, doch auch für den Neger dringend nötige Arbeit wird möglichst weit in die Ferne gerückt. Er verträumt den Tag in Trägheit und Nichtstun, obwohl er ganz auf wech, daß er zur Nacht seinen Schluß Wasser und sein Scheit Holz benötigt; aber dennoch rührt er sich nicht bis Sonnenuntergang, und erst bei anbrechender Dunkelheit beschafft er sich das Nötigste. Diese Trägheit ist aber keine „willkürliche Zurückhaltung der Leistungen“, sondern nur Mangel an Voraussicht. Der primitive Mensch folgt immer nur dem ersten Antriebe. Sein Handeln ist rein impulsiv, sozusagen bloße Reflexbewegung. Der Naturmensch ist ein Kind. Er denkt nicht an die Zukunft und nicht an die Vergangenheit. Alle Not des Lebens kann die bessere Grundstimmung seiner Seele kaum trüben, weil er keine Zukunftsorgen kennt. Für ihn bringt jede Nacht einen neuen Tag im wahren Sinne der Worte. Und nach Spencer zeigt der Neger in ganz Afrika noch heute den gleichen Zug „voll Scherz und Lustigkeit, voll Leben und Feuer, heiter und gesprächig, immer froh wie die Vögel unter dem Himmel“. Und es ist bezeichnend, was öfter beobachtet wird, daß Eingeborene, wenn sie längere Zeit im Dienste von Europäern stehen, ihr heiteres Wesen verlieren und einen mürrischen, düsteren Charakter annehmen. Sie nehmen eben allmählich die Gewohnheit an, sich um zukünftige Dinge Sorge zu machen, während ihr Gemüt die Beschäftigung mit den derzeitigen Sorgen nicht verläßt. Maßgebend ist für den Naturmenschen nur der momentane Eindruck. Er kann kaum zwei verschiedene Gedanken nebeneinander haben und gegeneinander abwägen. Er wird immer nur von einem Gedanken ergriffen und folgt diesem mit erschreckender Konsequenz. Die Sammlung von Erfahrungen, die Vererbung von Kenntnissen ist dadurch überaus erschwert. Und hierin liegt der Hauptgrund, weshalb solche Völker jahrtausendlang auf der gleichen Stufe verharren können, ohne einen merkbareren Fortschritt zu zeigen. Alle diese Tatsachen sprechen für eine außerordentliche Steifheit der psychischen Bedingungen, unter denen die Bedürfnisbefriedigung des kulturlosen Menschen sich vollzieht und vollzogen hat. Dieser Zustand bedeuert aber geradezu das Gegenteil von Wirtschaft, soweit letztere Arbeit, Verwertung der Dinge, Regelung ihres Verbrauchs usw. bedeutet. Es ist das Stadium, das von bekannten Volkswirtschaftlern die Stufe der individuellen Nahrungssuche genannt wird.

Der Übergang von diesem vorwirtschaftlichen Selbstzweck zu einer bestimmten Wirtschaftsstufe ist nicht genau festzustellen. Es muß an einen Augenblick gedacht werden, wo sich das Denken an die Zukunft mit unerfindlicher Strenge durch Naturgewalten dem Menschen aufdrängte. Das gleiche gilt auch für das Entstehen der Arbeit. Diese ist bei den Naturvölkern ein recht nebelhaftes Gebilde. Je weiter man ihre Spuren zurückverfolgt, desto mehr gleicht sie nach Form und Inhalt dem Spiele. Der Nachahmungssinn und Experimentiertrieb, den auch viele Tiere zeigen, scheint auch den Anfangsstadien der menschlichen Arbeit richtunggebend gewesen zu sein. Im Spiele bildete sich die Technik aus und wandte sich nur allmählich vom Unterhaltenden dem Nützlichen zu. Alle diese Forschungsergebnisse faßt der Leipziger Nationalökonom Karl Bücher in seinem Buche „Die Entstehung der Volkswirtschaft“ in folgende Schlüsse zusammen: Wie die Wirtschaft in dem Maße, als wir sie in der Völkereentwicklung weiter zurückverfolgen, sich mehr und mehr in Nichtwirtschaft verkehrt, so löst sich schließlich auch die Arbeit in ihr Gegenteil auf, in Nichtarbeit. Und so würde es uns wahrscheinlich mit allen wichtigeren Wirtschaftsercheinungen ergehen, wenn wir die Anfangsstadien ihrer Entwicklung suchen wollten. Eines nur scheint beständig, das ist die Konsumtion. Bedürfnisse hatte der Mensch immer und mußte sie befriedigen. Aber auch untre Bedürfnisse, soweit sie wirtschaftlich in Betracht kommen, sind nur zum kleinsten Teile natürlich gegebene. Inre Konsumtion ist nur etwa in der Ernährung eine naturnotwendige. Alles andere ist Futurprodukt, Folge freischöpferischer Tätigkeit des Menschengeistes. Ohne diese wäre der Mensch immer ein wurzelgrabendes, fruchtlos suchendes Tier geblieben. Und doch läßt sich nicht leugnen, daß auch diese sogenannten Kulturrerungenschaften in ihren ersten Anfängen auf die durch Jahrtausende hindurch geübte individuelle Nahrungssuche zurückzuführen sind. Sei es, daß durch die Vermehrung der Menschen oder durch Veränderungen in der den Menschen umgebenden Natur, durch Überbevölkerungen, Vereiner, Verlandung, Erdbeben, Vegetationsrückgang usw. der Zwang zur Wanderung in bessere Gegenden der Erde den Menschen immer und immer wieder von neuem und von Geschlecht zu Geschlecht in den Kampf ums Dasein drängte, so kann doch gerade darin jene Kraft erblickt werden, die einen großen Teil der Menschheit von Stufe zu Stufe ausbauend und geschulter in der Überwindung aller dieser Existenzbehinderungen werden ließ. In diesem unterbrochenen zähen Kampf allein zeigen sich die Wurzeln menschlicher Wirtschaft, deren erste Stufe wir in der Wirtschaft der Naturvölker heute noch beobachten können.

### Correspondenzen

**Hamburg.** Nach Eröffnung der Versammlung am 6. September gedachte der Vorsitzende des verstorbenen Kollegen Anton Rechner. Sodann widmete er dem großen Arbeiterführer August Bebel einen Nachruf, in welchem er dessen Verdienste um die Arbeiterische und insbesondere seine objektive Stellungnahme gegenüber den Buchdruckern hervorhob. Sechs neuangelernte Kollegen konnten in den Verband aufgenommen werden, sie wurden in der üblichen Weise begrüßt. Sodann ergriff Gewerkschaftssekretär Müller das Wort zu einem Vortrag über die „Volkswirtschaft“. Er schloß eingehend die Ursachen, die die Arbeiterische zur Gründung dieses Instituts veranlaßten, erläuterte die Einrichtung und den Zweck desselben, und erstellte dafür den Dank der Kollegenschaft. Mit der Erledigung einiger innerer Angelegenheiten, unter denen der Vorsitzende namentlich zu reger Beteiligung an den bevorstehenden Wahlen der Ausschußmitglieder zur Allgemeinen Ortskrankenkasse aufzuforderte, fand die gutbesuchte Versammlung ihr Ende.

**Berlin.** (Verein der in Schriftgiebereien beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.) In der Generalversammlung am 4. September widmete der Vorsitzende dem verstorbenen Mitgliede Hermann Boigt einen kiefenphundenen Nachruf. Auch des verdienstvollen Arbeiterführers Bebel gedachte der Vorsitzende. Die Ortskrankenkasse der Gewerbe und anderer künstlerischer Gewerbe, der die Schriftgießer angehören, verfällt mit 39 andern Klassen der Auflösung gegen ihren Willen, um der allgemeinen Ortskrankenkasse einverleibt zu werden. Es soll nun der Versuch gemacht werden, wenigstens einen Vertreter in die Gruppe der Metallarbeiter hineinzubekommen. Weiter sollen Schritte unternommen werden, die Schriftgießer in der Ortskrankenkasse der Buchdrucker, die nicht der Auflösung verfallen ist, unterzubringen. Die Schriftgießer gehören zum Teil noch jetzt dieser Klasse an, wenn sie in Hausgiebereien beschäftigt sind oder an der Monotypie arbeiten. Allerall, wo die Buchdruckerei Hauptbetrieb ist, gehören die im Nebenbetriebe Beschäftigten der Buchdruckerkasse an. Unter „Bereinsmitteilungen“ führte der Vorsitzende aus, daß der Beschäftigung in den Berliner Giebereien miserabel sei. Es gehe uns aber nicht allein so. 50000 gewerkschaftlich organisierte Arbeiter seien in Berlin arbeitslos, dazu kämen nochmals 50000 Heimarbeiter und Inorganisierte. In diesem Jahre mache sich die Arbeitslosigkeit durch die Länge der Zeit auffällig bemerkbar. Von einzelnen Gewerkschaften wurde mitgeteilt, daß die Arbeitslosigkeit bereits sechs Monate andauert. Die Behörden aber träfen keine Anstalten, die Arbeitslosigkeit zu lindern. Unsern jungen Kollegen hat der Vorstand in einer besonderen Sitzung das Neuen empfohlen, da in Berlin vorläufig doch keine Aussicht auf Arbeit ist, und hat ihnen sogar ein Extrareisegeld in Aussicht gestellt, es ist aber nur sehr wenig Gebrauch davon gemacht worden. Die Blindfische

Regelungsgieberei hat immer noch die neunmündige Arbeitszeit, die dortigen Arbeiter sind in ihrer Mehrzahl nicht zu bewegen, sich zu organisieren und noch viel weniger, sich der Arbeitszeit der Berliner Giebereien anzupassen. Den Umstand, daß die Firma dem Prinzipalpalatz und damit der Prinzipalsorganisation angehört, die doch ebenso gut wie die Gehilfenorganisation für die Innehaltung der Tarifverträge bei ihren Mitgliedern zu sorgen hat, benutzte der Vorstand, um sich in der Angelegenheit an den Prinzipalsvorständen zu wenden. Die eingeleiteten Schritte haben bisher das Ergebnis gezeitigt, daß die Firma geantwortet hat, daß wenn sie gezwungen würde, die verkürzte Arbeitszeit einzuführen, sie die Verkaufspreise erhöhen würde. Eine Verarmung der an Schnellgiebereimachern beschäftigten Gießer hat stattgefunden und es ist dort konstatiert worden, daß wenn bisher auch der Tarif nur provisorisch gilt, überall tarifliche Verhältnisse vorhanden sind. Hiermit erfolgte die Berichterstattung vom Hamburger Schriftgießerkongresse. Da im „Korr.“ ausführlich über die dort gepflogenen Verhandlungen berichtet worden ist, erübrigt sich ein nochmaliges Eingehen darauf. Die Wahl eines Mitglieds der Technischen Kommission wurde auf die nächste Halbjahresgeneralversammlung verlegt. Es ist dies notwendig, um Fühlung mit den geeigneten Personen zu nehmen. Der Zentralkommission wurde ein Darlehen in der gewünschten Höhe von 2000 Mk. aus der Vereinskasse bewilligt.

**Bielefeld.** Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte die Versammlung am 6. September des Hinscheidens des verdienten Arbeiterführers August Bebel in ehrender Weise. Vom Vorsitzenden Dreier wurde auf die Erlangung des kleinen Befähigungsnachweises hingewiesen und die Kollegen ersucht, hieron Gebrauch zu machen. Des ferneren wies er auf die demnächst stattfindende Hilfsarbeiterversammlung, auf das pünktliche An- und Abmelden, das Eintreten der Überfunktionskassier, auf die Sparrasse zweites Besuchs der Ausstellung in Leipzig 1914 sowie auf die am 9. November in Minden stattfindende Bezirksversammlung hin. Kollege Linnebrügger berichtete über die am 31. August in Herford stattgehabte, von den Krankenkassen des Regierungsbezirks Minden beschickte Versammlung, welche sich mit den Wahlen zu den einzelnen Ausschüssen befaßt habe. Hierauf nahm die Versammlung die Abrechnung vom Johannisfest entgegen und erließ dem Komitee Entlassung. Beim Tagesordnungspunkte „Tarifliches“ erläuterte Kollege Ernst einige in letzter Zeit gefällte Tarifamensscheiden, beantwortete einige an ihn gerichtete Fragen tariflicher Natur und unterrichtete die Versammlung darüber, wie eine Klage beim Schiedsgericht angebracht und behandelt wird. Allseitig wurde der Wunsch laut, diesen sehrreichen Punkt öfter auf der Tagesordnung zu sehen. Zum Schlusse nahm Kollege Lentz noch Veranlassung, das Verhalten Kaufmanns und Steinhorsts in der Hamburger Prinzipalsversammlung einer Kritik zu unterziehen. Folgende aus der Mitte der Versammlung eingebrachte Resolution in dieser Angelegenheit fand einstimmige Annahme: „Die am 6. September in der „Eisenhütte“ tagende Versammlung des Ortsvereins Bielefeld ist Verbanne der Deutschen Buchdrucker gibt ihre Enttäufung darüber Ausdruck, daß Herr Kaufmann (Hamburg), Leiter der Verlagsanstalt Deutscher Konsumvereine, Mitglied der Unternehmerorganisation im Buchdruckergewerbe ist und in Gemeinschaft mit Herrn Steinhorst, technischer Leiter der Druckerei der Verlagsanstalt, in einer Versammlung Hamburger Buchdruckereibesitzer an der Wiederaufrichtung des beigelegten Konfliktes in genannter Druckerei mitgewirkt hat. Der Zweck jener Versammlung war der, den Konflikt in recht scharfmacherischer Weise auszubeten. Das Verhalten Kaufmanns und Steinhorsts betrachtet die Versammlung des Ortsvereins Bielefeld als im höchsten Maß arbeiter- und genossenschaftsfeindlich. Die Herren haben sich damit den in vorderer Reihe stehenden Scharfmachern in unserm Gewerbe würdig an die Seite gestellt. Die Versammlung fordert die genossenschaftlich organisierte Arbeiterische auf, dafür zu sorgen, daß diesem eines Arbeiterbetriebs unwürdigen Treiben ein Ende bereitet und Herrn Kaufmann klar gemacht wird, daß er als Leiter eines arbeitergenossenschaftlichen Betriebs unter keinen Umständen, weder ideell noch materiell, zur Stärkung einer Unternehmerorganisation beitragen darf. Die Aufsichtsinstanzen der Verlagsgesellschaft Deutscher Konsumvereine sollen dahin wirken, daß Herr Kaufmann aus dem Borgefallenen die notwendigen Konsequenzen zieht.“ Auch beschloß die Versammlung, diese Resolution der hiesigen Arbeiterische zugänglich zu machen und in der „Volkswacht“ zum Abdruck zu bringen, was inzwischen geschehen ist.

**Brieg.** (Bezirksmaschinenmeisterverein.) Am 7. September hat unser Farbenmischkursus, an welchem auch die hiesige Graphische Vereinigung teilnimmt, begonnen. Auch vier Kollegen aus Krappitz (Oberlesien) waren anwesend. Als Einleitung zu dem Kursus hielt dessen Leiter, Kollege Schulz (Brieg), einen Vortrag über: „Farben in Theorie und Praxis“, welcher von den Teilnehmern mit großem Interesse aufgenommen wurde. Der Referent gab uns durch selbstgefertigtes Anschauungsmaterial ein leicht faßliches Bild über die Einwirkung der Farben auf das Auge und über die eigentliche Farbenharmonie. Redner machte uns sodann mit der Dreifarbenphotographie bekannt und ging des weiteren zur Gewinnung und Herstellung der Farben über. Zum Schlusse sprach Kollege Schulz noch über schwefelhaltige und bleibhaltige sowie schiefe und lichtempfindliche Farben. Reicher Beifall und der Dank der Anwesenden für den belehrenden Vortrag waren der beste Beweis, daß der Vortragende von jedem Kollegen verstanden worden war. Vortragende Piechowok forderte sodann die Anwesenden auf, die Abungssunden regelmäßig zu besuchen und nicht durch öfteres Fehlen dem Kursusleiter die Arbeit zu erschweren. Zum Arbeitsfeld ist der dreifachsteige (Fortsetzung in der Beilage.)



# Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Eingelnummern 5 Pfennig das Exemplar, solche mit älterem Erscheinungsdatum bis zu 25 Pfennig.

Beilage zu Nr. 109 — Leipzig, den 20. September 1913

Redaktionschluss: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend früh zur jeweilig nächsten Nummer.

(Fortsetzung aus dem Hauptblatte.)

Farbenkreis nach Hofmann vorgelesen. Gleichzeitig lagen wir der Farbenfabrik Chr. Hofmann & Steinberg (Gelle) an dieser Stelle für die Gratislieferung der Farben unser besten Dank.

**Dillenburg-Korbhorn.** (Vierteljahrsbericht.) Wegen der diesmal in Dillenburg tagenden Sommerbezirksversammlung wurden nur zwei Verammlungen abgehalten. Die Verammlung am 2. August beschäftigte sich nach Anhörung des Kassenberichts mit dem Antrage eines Kollegen, die Fahrkosten zu den jeweiligen Verammlungen des Ortsvereins aus der Kasse zu vergüten. Nach eingehender Aussprache wurde der Antrag zurückgezogen, weil er ohne Beitragshöhung nicht durchführbar ist. Ferner vorbereitete sich Kollege Nepeck (Siegen) vor einer aufmerksamen Zuhörerschaft über die bevorstehenden Wahlen zu den Krankenkassenausschüssen. Eine interessante Diskussion schloß sich den lehrreichen Ausführungen des Referenten an, in der vorwiegend die örtlich gelagerten Verhältnisse einer eingehenden Besprechung unterzogen wurden. — Die Septemberversammlung erhebt zunächst das Andenken des verstorbenen Arbeiterführers Bebel in der üblichen Weise. Der weitere Ausbaunfrer Bibliothek bildete Johann den Hauptpunkt der Tagesordnung. Nach längerer Debatte wurde vorläufig ein entsprechender Befrag aus der Kasse bewilligt, um den Mitgliedern wenigstens auf diese Weise die Möglichkeit einer weiteren Fortbildung zu gewähren.

**Hildburghausen.** Unsere letzte Ortsvereinsversammlung war von 33 Mitgliedern besucht. Eingangs wurde u. a. auch des verstorbenen Arbeiterführers August Bebel gedacht. Nach Verlesung des Protokolls erstattete der Vorsitzende Bericht von der Gauerammlung in Weimar, hierbei die wichtigsten Momente besonders erläuternd. Eine größere Diskussion fand nicht statt; demnach sind die Mitglieder mit den dort gefassten Beschlüssen im großen und ganzen, von kleinen Ausnahmen abgesehen, einverstanden. Aus der Abrechnung des Kassierers für das zweite Quartal war zu ersehen, daß auch Hildburghausen gehörig unter der allgemeinen Geschäftslage zu leiden hat. Sodann hielt Kollege Idelmann einen recht interessanten Vortrag über das zeitgemäße Schema: „Volksfürsorge“, woraus u. a. hervorging, daß sich auch die hiesige Verwaltungsstelle bereits konstituiert hat. Sollen sich die dem Unternehmen eine rege Beteiligung unser Kollegen sicher. Vorgesandter Zeit halber müßte ein weiteres Thema: „Das neue Krankenkassensystem“, von der Tagesordnung abgehakt werden, nachdem hierbei von Vorstehenden auf die demnächst hier zum ersten Male nach dem Verhältniswahlsystem stattfindenden Ausschubwahlen hingewiesen und die im Kartell unsereris hierzu vorgeschlagenen Kollegen bekanntgegeben waren. Nach Erledigung einer internen Angelegenheit erfolgte Schluß der Verammlung.

## o o o o o Rundschau o o o o o

**Gefammelte Entscheidungen der Tarifinstanzen.** Im Interesse eines immer gründlicher werdenden Verständnisses der tariflichen Rechtsprechung in unserm Gewerbe möchten wir noch einmal auf das vor kurzem erschienene Heft 3 der „Gefammelten Entscheidungen“ der Schiedsinstanzen, das vom Tarifamte herausgegeben wurde, aufmerksam machen. Nicht nur jedem Tarif- oder Verbandsfunktionär und jedem Druckereivertrauensmann, sondern auch jedem Gehilfen, der hinsichtlich seiner tariflichen Kenntnisse auf der Höhe der Zeit stehen will, kann ein genaues Studium dieser Publikation nicht dringend genug empfohlen werden. Manche irige Ansicht über Pflicht und Recht im Arbeitsverhältnisse kann dadurch korrigiert, nicht minder aber auch mancher Mißstand, der da und dort auf tariflichem Gebiete noch vorhanden sein mag, beseitigt werden. Das Einzelheft kostet 25 Pf. (ausschließlich Porto) und kann direkt vom Tarifamte, Berlin SW 48, Friedrichstraße 239, bezogen werden. Das Porto beträgt für 1 Exemplar 5 Pf., für 2 und 3 Exemplare 10 Pf., für 4—6 Exemplare 20 Pf., für 7—13 Exemplare 30 Pf. und für mehr als 13 Exemplare ist Paketporto erforderlich. Wie uns mitgeteilt wurde, ist noch eine Anzahl Exemplare der Nr. 2 der „Gefammelten Entscheidungen“ vorrätig. Diese können auf Wunsch nachgeliefert werden. Postanweisungen sind stets mit der Adresse des Geschäftsführers Paul Schliebs zu versehen.

**Meisterprüfungen.** Vor der Handwerkskammer in Halle legten die Kollegen Hans Carstens, Arthur Schröter, Otto Trautmann, sämtliche in Halle, von der Handwerkskammer in Breslau der Drucker Hermann Bannich aus Waldenburg i. Schl. und vor der Handwerkskammer in Düsseldorf der Drucker Johann Vollmann in Elberfeld mit Erfolg die Meisterprüfung ab.

**Einbruch in das Stuttgarter Gaudureau.** In das Bureau des Gaudereins Württemberg unres Verbandes wurde in der Nacht vom 13. zum 14. September ein frecher Einbruch verübt. Die Diebe kriegten durch den Garten des Marthahauses in den Keller, gelangten nach Abschrauben mehrerer Schloßer in das Erbschloß hinauf, wo sich die Bureauräumlichkeiten befinden; hier brachen sie die Tür-

füllungen heraus. Die beiden Geldschränke erwiesen sich jedoch als so fest und solid, daß die Einbrecher unerrichteter Sache wieder abziehen mußten, nachdem sie noch die Pulve und deren Schußfächer erbrochen und durchsucht, aber nichts gefunden hatten. Die Schränke enthielten den Betrag von ungefähr 3000 Mk.

**Strafbare Überarbeit von Lehrlingen.** Vom Breslauer Schöffengerichte wurde ein Buchdruckereibesitzer zu einer Geldstrafe von 10 Mk. verurteilt, weil er zwei Lehrlinge, die noch nicht 14 Jahre alt waren, länger als sechs Stunden täglich beschäftigt hatte. Der Angeklagte machte zwar geltend, er beschäftige sozial Personen, daß er sich nicht um das Alter jedes einzelnen kümmern könne, aber der Anwalt hielt diesen Einwand nicht für stichhaltig und führte aus, daß der Unternehmer verpflichtet sei, die gesetzlichen Bestimmungen zu kennen und innezuhalten. Diesen Ausführungen schloß sich der Gerichtshof an.

**Internationale Ausstellung für Buchgewerbe und Graphik Leipzig 1914.** In der kulturhistorischen Abteilung der Internationalen Ausstellung für Buchgewerbe und Graphik wird auch die Graphik Chinas, die für die ostasiatische Kultur von grundlegender Bedeutung geworden ist, vertreten sein. Um auch dem Durchschnittsbefucher der Ausstellung, dem China ein „fernes Land“ ist, die Dinge näher zu bringen und ihm ihr Verständnis zu erleichtern, soll vor den Haupteingang der kulturhistorischen Abteilung eine kurze chinesische Straße gebaut werden, in der man den kleinen Laden eines Block- und Siegelsehnders, einen Buchladen alten Stils und einen modernen Stils, und in der man alle Arten von Schriftverwendung auf der Straße finden soll. Das Hauptstück dieser Straße soll aber das vollständig stilgerecht eingerichtete Haus eines chinesischen Gelehrten bilden, das heißt richtiger: ein Hof mit den üblichen drei typischen Gebäuden, von denen das größere das Studiengemach enthält. Eine Übersicht der technischen Einrichtungen der chinesischen Druckerei und eine Darstellung der Entwicklung der chinesischen Wortschrift von den primitivsten Vorstufen der symbolischen Ideogramme ab, soll sich anschließen. Bei der großen Bedeutung des chinesischen Schriftwezens als Träger der ostasiatischen Kultur, dürfte die Ausstellung auch die europäischen Fachleute lebhaft interessieren. In China, das mit der Wortschrift einen prinzipiell andern Weg als die europäisch-amerikanische Kalligraphiegemeinschaft mit ihrer Buchstabenrichtig eingeschlagen hat, wurde das Papier erunden (im ersten Jahrhundert), in China zum ersten Male der Blockdruck angewandt (im siebenten Jahrhundert), hier zuerst auch mit beweglichen Lettern gedruckt (im elften Jahrhundert). Fernbrudr, Bisttenkarte und Banknote haben hier ihre Heimat. Nimmt man dazu noch die hohe Rolle, die Schrift und Gelehrten in China gespielt haben, so erscheint eine gute Vertretung Chinas auf der Ausstellung eine Notwendigkeit. Ferner wird uns mitgeteilt, daß die beiden Maschinenhallen auf der Ausstellung von einer Größe sein werden, wie sie noch auf keiner internationalen Ausstellung in Deutschland gegeben wurde. In die bisherige Halle der diesjährigen Leipziger Ausstellung, die einen Flächenraum von etwa 5500 qm umfaßt, wird eine zweite Maschinenhalle angeschlossen, die 6700 qm groß ist, so daß die beiden Hallen zusammen etwa 12200 qm, mit den Verbindungsgängen rund 13000 qm einnehmen. Die größte aller bisherigen Maschinenhallen auf deutschen Ausstellungen war die Halle der Düsseldorf Ausstellung 1902, die einen Flächenraum von 9000 qm aufwies. Die beiden Hallen der internationalen Buchgewerbeausstellung sind also fast um die Hälfte größer als die Düsseldorf Halle. Eine eigene Geleisanlage, die mit der Staatsbahn verbunden ist, führt zu den Maschinenhallen, um den gewaltigen Güterverkehr bewältigen zu können. In möglichst internationaler Vollständigkeit werden hier alle zum Gewerbe gehörenden Maschinen und Apparate vorgeführt werden, und zwar so, daß die Maschinen zur Leistung praktischer Arbeit in Betrieb gehalten werden. So werden sich dem Besucher in diesen großen Hallen die wirkenden Kräfte der ganzen buchgewerblichen Industrie zeigen und dem Wille der Ausstellung eine eindringliche Lebensgröße geben, die den Laien angehend belehrt und dem Fachmann wertvolle Anregungen für sein Schaffen gibt.

**Günstiger Konkurs.** Einen merkwürdigen Abschluß nahm das seit vorigem Jahre schwebende Konkursverfahren über das Vermögen des Buchdruckereibesizers Rodewolff in Kiel. Nach den „Einschoner Nachrichten“ wurden nämlich die Gläubiger dieses Konkurses nicht nur voll befriedigt, sondern es blieb sogar noch ein Überschub von 2000 Mk.

**Streik Klausel und Stuttgarter Oberbürgermeister.** Kürzlich kam es in den bürgerlichen Kollegen von Stuttgart zu einer längeren Auseinandersetzung über die sogenannte Streik Klausel bei der Vergebung von Lieferungen für die Stadt. Bei der Vergebung des Drucks und des Einbandes des Stuttgarter Drehbuchs ging die seitherige Übung dahin, daß mit dem Drucker, mit der Union, Deutsche Verlagsgeellschaft, eine solche Klausel vereinbart worden war, dagegen war sie mit dem Buchbinder, mit der Firma Koch in Stuttgart, nicht vereinbart. Beide Firmen erklärten nun, ohne die Aufnahme der Streik Klausel nicht zu den sonst vereinbarten Bedingungen liefern zu können. Nach-

dem man nun im Gemeinderat eine längere Aussprache an diesen interessanten Gegenstand geknüpft hatte, wobei sich namentlich die Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion gegen die Aufnahme der umfassensten Klausel gewehrt hatten, ergab eine namentliche Abstimmung mit zwölf Stimmen die Aufnahme der von den Drehbuchlieferanten verlangten Klausel in den Lieferungsvertrag durch den Städtischen des Oberbürgermeisters. Die Interessen der Unternehmer scheinen demnach dem Stuttgarter Oberbürgermeister höher zu stehen als die der Stadt und die der Arbeiter.

**Zur Entwicklung der „Volksfürsorge“.** Trotz der Gründung verschiedener Gegenvolksfürsorgen seitens der privaten Lebensversicherungsgesellschaften, trotz der Unterstützung dieser Gründungen durch die Behörden, die Arbeitgeberorganisationen, die „Selben“, die katholischen Gewerkschaften und die evangelischen Arbeitervereine und trotz der intensiven geglähigen Bekämpfung der „Volksfürsorge“ durch die von diesen Gegnern gesteuerte Presse — geht sie ihre Bahn! Die in den deutschen Gewerkschaften und Genossenschaften organisierten Milionen haben die zum Schutze der Versicherten notwendig gewordene Reform der Volksversicherung eingesehen und die Gründung der „Volksfürsorge“ als einen wirklichen sozialen Fortschritt mit Freuden begrüßt. Überall im Reiche sind deshalb die Träger der Gewerkschaften und Genossenschaften sofort nach der aufsichtsamlichen Genehmigung und Geschäftseröffnung der „Volksfürsorge“ mit Eifer an die Arbeit gegangen, haben von sich aus Rechnungsstellen errichtet, Rechnungsführer und Vertrauensmänner bestellt, die als Beauftragte der Gewerkschaften und Genossenschaften die Werbearbeit für die „Volksfürsorge“ freiwillig übernehmen. Trotz der völligen Neuheit des Arbeitsgebiets, auf das die Funktionen gestellt werden, fanden sie bei den Interessenten weitgehendes Verständnis. Wie sehr die „Volksfürsorge“ dem Bedürfnis entgegenkam, geht aus der Tatsache hervor, daß beispielsweise die Rechnungsstelle Hannover, die ihre Tätigkeit erst Mitte Juli begann, schon am 24. August die Aufnahme von rund 1000 Versicherungsanträgen mitteilen konnte. Wahrscheinlich ein Zeichen des großen Vertrauens, das die Arbeiterschaft dem neuen Versicherungsunternehmen entgegenbringt! Da im Reiche sicher bald mehr als 600 Rechnungsstellen ihre Arbeit verrichten und dem Beispiele Hannover folgen werden, ist eine gute Weiterentwicklung zu erwarten.

**Warnung vor Lohnforderungen.** In weiten Kreisen der Arbeiterschaft ist die Meinung verbreitet, daß bei Zahlungsunfähigkeit des Arbeitgebers für ihre Lohnforderung das unbedingte Recht auf Befriedigung vor allen andern Verbindlichkeiten des Arbeitgebers besteht. Diese Anschauung ist leider nicht ganz richtig, und mancher Arbeiter, der im Vertrauen auf ihre Richtigkeit mit der Eintreibung seines Lohns faunig war, hat schon eine bittere Enttäuschung erlebt. Ein Recht auf vorzugsweise Befriedigung besteht für Lohnforderungen nur im Konkurs des Arbeitgebers. Hierbei werden die Lohnforderungen, die noch älter als ein Jahr sind, mit einer Reihe anderer Ansprüche vor den gewöhnlichen Schulden befriedigt. Sie stehen aber auch hier nicht an erster Stelle. Sondern in kann in vielen Fällen auf volle Bezahlung der Lohnforderungen gerechnet werden, wenn es zum gerichtlichen Konkurs kommt. Das ist aber nur bei einem geringen Teile der Zahlungsunfähigen der Fall. Bei den meisten kommt es zur gewöhnlichen Zwangsvollstreckung, d. h. zur Pfändung und Verfeigerung der fahrenden Habe durch den Gerichtsvollzieher und zur gerichtlichen Beschlagnahme der geringen Außenstände. Bei dieser Zwangsvollstreckung genießt aber die Lohnforderung keinerlei Bevorzugung; hier heißt es vielmehr: wer zuerst kommt, der mahlt zuerst. Der Gläubiger, der zuerst einen Gegenstand hat pfänden oder eine Forderung mit Beschlagnahme belegen lassen, wird zuerst aus dem Erlöse dieses Gegenstandes oder aus dieser Forderung befriedigt. Werden Gegenstände oder Forderungen für mehrere Gläubiger nacheinander gepfändet oder beschlagnahmt, so werden diese Gläubiger — ganz gleich ob es sich um Lohnforderungen oder andre handelt — in der Reihenfolge der Pfändungen und Beschlagnahmen befriedigt. Ein Vorrück besteht hierbei nur für den Vermietter, der an den Sachen, die sich in den von ihm vermieteten Räumen befinden, ein Pfandrecht hat. Diesem Pfandrecht muß jedoch die Lohnforderung weichen. Sie kann also zum Zurücktreten vor der Forderung des Vermieters gezwungen werden, kann aber bei der Zwangsvollstreckung dieser Art niemals ein Vorrück vor andern Forderungen erlangen als das eine, sich zuerst durch Pfändung geltend zu machen. Aus diesen Gründen kann nicht genug gewarnt werden, Lohnforderungen zu stunden. Im Gegenteil: man mache sie immer sofort geltend, und zwar durch Klage und Pfändung, damit nicht andre zuvorkommen.

**Schriftliche Berichterstattung.** Der „Arbeiter“, das katholische Fachabteilungsorgan, bringt in seiner Nr. 36 folgende Notiz: „Sozialdemokratische Gewalttaten gegen einen Schulrektor. In dem Städtischen Lößnitz bei Halle a. S. fand vor kurzem, wie eine durch die Presse gehende Notiz meldet, ein Fest der sozialdemokratischen Gewerkschaften statt, mit dem ein Anzug der Kinder ver-

